

Das Gerede von der Stromlücke

KLIMA Die Stromwirtschaft will möglichst rasch möglichst viele und möglichst grosse Kraftwerke bauen. Doch eine sichere Stromversorgung ist auch anders möglich.

Der Info-Link
Mehr zu Gas- und Atomkraftwerken unter www.wwf.ch/klimafakten

Gaskraftwerk:
Zu hohe CO₂-Emissionen.

Droht der Schweiz in den nächsten Jahren eine Stromlücke, wie dies die Stromwirtschaft prognostiziert? Nur dann, wenn die falsche Strompolitik fortgesetzt wird: Dank abnehmender Strompreise und falscher Subventionsanreize bei Elektroheizungen ist der Pro-Kopf-Stromverbrauch in den letzten 25 Jahren um 38 Prozent gestiegen.

Strom ist eindeutig zu billig. So kostet ein durchschnittlicher Monatsverbrauch beim Haushaltsstrom nur 30 Franken pro Kopf. Allein der Internetanschluss ist

meist teurer. Nach wie vor fehlen Verbrauchsvorschriften für die Mindesteffizienz von Geräten und Motoren. Stand-by-Verluste müssen nicht einmal deklariert werden.

Dank intensivem Stromhandel mit dem Ausland kann billiger Nachtstrom importiert und teurer Spitzenstrom exportiert werden. Um dieses einträgliche Geschäft auf Dauer zu sichern, werden neue Gas- sowie Atomkraftwerke gefordert. Und weil im Parlament viele einflussreiche Vertreter der Stromlobby sitzen, bestimmen bislang weitgehend die grossen

Elektrizitätswerke die Schweizer Strompolitik.

Gegen neue Grosskraftwerke
Die Position des WWF ist klar: Neue Grosskraftwerke haben in einer nachhaltigen Entwicklung keinen Platz. Die Klima- und Strahlenrisiken gefährden künftige und teilweise schon die heutigen Generationen. Schon der CO₂-Ausstoss eines grösseren Gaskraftwerkes würde etwa alle Anstrengungen für weniger Klimagift im Strassenverkehr zunichte machen. Atomkraftwerke wiederum bergen Risiken im Betrieb, bei der Wiederaufbereitung von Brennstoffstäben und beim radioaktiven Abfall.

Was es braucht, ist eine neue Strompolitik. So könnte durch eine Lenkungsabgabe auf Strom und mehr Stromeffizienz der Verbrauch bis 2025 nicht nur stabilisiert, sondern um mehr als 15 Prozent reduziert werden. Zusammen mit der bereits beschlossenen Einspeisevergütung für erneuerbare Energien würde die Versorgungssicherheit gegenüber heute sogar verbessert. Mit den Einnahmen aus der Stromlenkungsabgabe von jährlich rund acht Milliarden Franken liessen sich die Sozialwerke entlasten und die Lohnnebenkosten senken.

Letztlich profitiert auch die Wirtschaft. Durch einen Grenzsteuerausgleich für energieintensive Betriebe kann die Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden, und von den Investitionen in Energieeffizienz profitiert das heimische Gewerbe – im Gegensatz zu den teuren Erdgaseinkäufen aus dem Ausland.

PATRICK HOFSTETTER

